

Resolution

7. Sitzung des Studierendenparlaments am 15.12.2022

Das Studierendenparlament der Goethe-Universität Frankfurt am Main möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Goethe-Universität Frankfurt am Main verurteilt die durch das Universitätspräsidium veranlasste Räumung der Hörsaalbesetzung im Hörsaal 1 am IG-Farben-Campus am 06.12.2022. Die kriminalisierten Aktivist*innen sollen in den ihnen drohenden Verfahren durch Mittel der Studierendenschaft finanziell unterstützt werden.

Am 06.12.2022 besetzten Klimaaktivist*innen der Gruppe „End Fossil: Occupy!“ den Hörsaal 1 am IG-Farben-Campus der Goethe-Universität. Trotz frühzeitiger und durchgängiger Gesprächsbereitschaft mit dem Kanzler der Universität seitens der Aktivist*innen wurden die Verhandlungen vom Präsidium abgebrochen. Mittels einer vom Kanzler veranlassten polizeilichen Maßnahme eskalierte die Situation schließlich und die Besetzer*innen unter Anwendung von Polizeigewalt geräumt.

Das Studierendenparlament verurteilt dieses unverhältnismäßige Vorgehen des Universitätspräsidiums aufs deutlichste. Der Vorgang stellt in deutschlandweit ein außergewöhnliches Vorgehen dar, in dem eine Universität eine von ihren eigenen Studierenden getragene klimaaktivistische Gruppe durch die Polizei räumen lässt. In ihrem eigenen Leitbild schreibt die Goethe-Universität:

„Die Goethe-Universität ist ein Ort argumentativer Auseinandersetzung; Forschung und Lehre stehen in gesellschaftlicher Verantwortung.“ (Leitbild der Goethe-Universität).

Mit seinem Vorgehen hat das Universitätspräsidium diese Werte mit Füßen getreten. Die Erinnerung an die gesellschaftliche Verantwortung der Universität durch die Besetzung der Studierenden führte dazu, dass mehreren Aktivist*innen nun strafrechtliche Konsequenzen drohen. Das Handeln des Präsidiums zeigte ein weiteres Mal auf, dass die Universität nicht als ein Ort argumentativer Auseinandersetzung gedacht wird, viel mehr werden Studierende durch das Handeln eingeschüchtert und auf eine Rolle als Bildungskonsument*innen reduziert.

Als verfasste Studierendenschaft machen wir es uns zur Aufgabe, solchen Entwicklungen entgegenzutreten und Studierende weiter zu einem kritischen Engagement zu motivieren. Die Universität muss ein Raum für kritische Auseinandersetzung bleiben, wenn das Präsidium dies nicht garantiert, müssen wir als Studierenden dafür einstehen. Wir fordern eine unabhängige Beschwerdestelle als Anlaufstelle für betroffene aktivistische Studierende und eine kritische Aufarbeitung der Repressionspolitik der Goethe-Universität.

Begründung:

Erfolgt mündlich.